Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 3

Artikel: Gefahr droht von Südafrika
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141579

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Vorfälle von *Sharpeville* führten dazu, dass sich der Sicherheitsrat der UN zum erstenmal mit der Situation in Südafrika befasste und die Regierung Südafrikas aufforderte, «Massnahmen zu ergreifen, die den Rassenfrieden herbeizuführen geeignet sind», mit anderen Worten, «ihre Politik der Apartheid und Rassendiskriminierung aufzugeben».

Anstatt dieser Aufforderung der UN nachzuleben, verschärfte die südafrikanische Regierung ihre rassenkämpferischen Massnahmen. Als die Generalversammlung der UN 1966 beschloss, einen Tag der Abschaffung der Rassendiskriminierung zu weihen, wählte sie den 21. März, den Tag des Sharpeville-Massakers. In einem Appell forderte sie 1968 die Regierungen und Organisationen neuerdings auf:

1. Die Bemühung der Vereinten Nationen für die Aufhebung der Apartheid zu unterstützen und für die Schaffung einer Volksgemeinschaft einzutreten, in der alle Rassen die gleichen menschlichen Rechte geniessen.
2. Das Übel der Apartheid und den UN-Kampf dagegen nach Kräften bekannt zu machen.
3. Die Bevölkerung Südafrikas über die Weltmeinung in bezug auf die Apartheid zu informieren und die falsche Propaganda ihrer Regierung anzuprangern.
4. Die Befreiung der Gegner der Apartheidpolitik, die in südafrikanischen Gefängnissen schmachten, zu fordern.
5. Die Anti-Apartheid-Bewegungen, die in manchen Ländern bestehen, zu unterstützen. (In Genf besteht eine sehr aktive Anti-Apartheid-Bewegung, während in der deutschsprachigen Schweiz bisher der Widerstand gegen die Apartheid nicht so gut organisiert ist. Red.)
6. Für moralische, politische und materielle Hilfe an die Freiheitskämpfer Südafrikas besorgt zu sein.

Dieser Appell des Generalsekretärs der UN erfuhr in manchen Ländern weiteste Verbreitung durch Radio, Television und die Presse. Red.

Gefahr droht von Südafrika

An der Konferenz von Regierungschefs in der Organisation für Afrikanische Einheit in Algier erklärte *U Thant* am 13. September 1968:

«Die Situation in Südafrika gibt seit langer Zeit Grund zu internationaler Besorgnis. Nachdem die südafrikanische Regierung ihre Politik der Apartheid nicht nur beharrlich weiter durchsetzt, sondern neuerdings ihre Ideen rassischer Benachteiligung und Trennung sogar auf benachbarte Länder zu übertragen beginnt, hat die Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung zu einer Gesellschaft, die auf Gerechtigkeit und Gleichheit gegründet ist, in vielen Völkern schwere Rückschläge erlitten. Obwohl die UN sich grosse Mühe gibt, die Situation mit Hilfe ihrer Spezialorganisationen und privater Körperschaften zu meistern, ist die wachsende Enttäuschung vieler Mitgliedstaaten über die bisherige relative Wirkungslosigkeit der Verein-

ten Nationen unverkennbar. Neuerliche Entwicklungen machen die Gefahr gewaltsamer Aktionen wahrscheinlich, die, wenn auch vorläufig noch kleineren Umfanges, zu einer grossen Gefahr für diesen Teil der Welt – und den internationalen Frieden, werden müssen.»

«Es ist nicht zu bestreiten, dass die südafrikanische Regierung, indem sie ihre Apartheid-Politik aggressiver als je fortsetzt und sich mit dem Salisbury-Regime (Rhodesien) ins Einvernehmen gesetzt hat, nicht allein ihren Staat, sondern das ganze südliche Afrika einer gewaltsamen Konfrontation entgegenführt. Die Gefahr eines gewaltsamen Zusammenstosses in diesen Gebieten ist umso grösser, als südafrikanische Beamte die benachbarten unabhängigen Staaten Sambia und die Republik Tanzania der Unterstützung sogenannter Rebellen bezichtigen. Auch durch die andauernde Besetzung Namibias (Südwestafrika) – in Verletzung des internationalen Status dieses Gebietes, und die offene Intervention in Rhodesien hat Südafrika die Autorität der Vereinten Nationen in schwerster Art herausgefordert.

Die Freiheitsbewegung der unterdrückten Bevölkerung Südafrikas ist, nach vergeblichen Versuchen zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, gegen ihren Willen zur Überzeugung gekommen, dass der Kampf mit Waffen der einzige Weg ist, die Rechte und Freiheiten zu sichern, die ihnen nach der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung der Menschenrechte zustehen. Die Drohung gewaltsamer Auseinandersetzung, gegen die der Ausschuss gegen Apartheid immer gewarnt hat, beginnt Gestalt anzunehmen.

Südafrika hat eine Schlüsselstellung inne im Kampf gegen alle Befreiungsbewegungen dieser Region, es bedroht deren Frieden wie den des Gebietes nördlich des Zambesiflusses. *Apartheid und Aggression sind unzertrennlich.* Die südafrikanische Regierung nützt einerseits die wirtschaftlichen und anderen Schwächen der benachbarten Gebiete aus; daneben erklären Regierungssprecher ganz offen, südafrikanische Militär- und Polizeikräfte seien für das ganze südliche Afrika zuständig.» (Aus dem Rapport des UN-Spezialkomitees für Apartheid zitiert. Red.)

Verfolgung von Apartheid-Gegnern

Während einer Debatte im Unterhaus von Südafrika sagte die tapfere Parlamentarierin *Mrs. Suzman:*

«Das ganze System der Verbannung ist abscheulich. Es ist höchste Zeit, dass jeder der 700 Fälle von Menschen, die verbannt oder zu Hausarrest verurteilt worden sind, von neuem geprüft werden, und zwar nicht vom gleichen Gericht, das sie zu diesem Schicksal verurteilte, sondern von einer unabhängigen juristischen Kommission. Unter diesen ‚Fällen' möchte ich *Mrs. Helen Joseph* besonders erwähnen, die kürzlich von neuem zu fünf Jahren Hausarrest verurteilt wurde. Ich muss sagen, das Verhalten dieser Regierung, dieser mächtigen Regierung, die auf solche Art eine Frau von 60 Jahren erbarmungslos verfolgt und quält, ist eine Schande, die Südafrika in den Augen der Welt keine Ehre einbringt.» Ibidem